



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Neuer deutscher Idealismus

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Neuer deutscher Idealismus



Der Ausfall der letzten Reichstagswahl hat das Denken von Gesamtdeutschland verändert, der Bevölkerung erscheinen alle Verhältnisse in einem andern Lichte, sogar die altgewohnte Lust zu nörgeln scheint abgenommen zu haben. Nirgends ist der Umschwung so greifbar zutage getreten wie in Sachsen. Die Wählerschaft ist hier beweglicher als anderswo und hat seit der Erstehung des Reiches wohl schon sämtliche Farben des politischen Regenbogens durchwandert. Infolge mannigfacher Mißgeschicke des Landes, ihrer gewissenlosen Ausschlachtung durch die Presse schien die Bevölkerung nach den Reichstagswahlen von 1903 der Sozialdemokratie rettungslos verfallen zu sein. Aber der hauptsächlich durch den Niesenstreik von Grimmitzschau gekennzeichnete Kampf der sozialdemokratischen Führer gegen die Arbeitgeberschaft lehrte das in seiner Existenz bedrohte Bürgertum, obgleich ihm seit einem halben Jahrhundert nur die freie Konkurrenz als alleinige handelspolitische Weisheit gepredigt worden war, zum erstenmale das Zusammenhalten. Die Niederlage der Arbeiter war darum schwer, aber die Bürgerschaft hatte sich solidarisch fühlen gelernt und war zu der Erkenntnis gekommen, daß die Massen der Sozialdemokratie nicht vom Standpunkt einzelner Parteien aus, sondern bloß von der geschlossenen Masse des Bürgertums bezwungen werden kann. Die Not hatte zur Einigkeit getrieben, und der Erfolg wirkte als ermunterndes Beispiel nach Osten und nach Westen, was namentlich in Sachsen selbst, in Thüringen und in Schlesien bei den Reichstagswahlen sichtbar zutage trat. Die Stimmung in der deutschen Bevölkerung hatte sich schon seit Jahren in der Richtung entwickelt, daß man nur auf den Ruf wartete: Gegen die Sozialdemokratie!

Auf diese Stimmung hatten die Grenzboten<sup>\*)</sup>, bevor noch jemand an eine Reichstagsauflösung dachte, schon hingewiesen und namentlich den Nationalliberalen ihren historischen Beruf zur Führung des Bürgertums im Klassen-

<sup>\*)</sup> Grenzboten 1906, Heft 46.

kampfe gegen die Sozialdemokratie nahegelegt. Der Artikel schloß mit dem Satze: „Daß ein solcher Zusammenschluß überhaupt nur unter der alten Devise der Nationalliberalen: Für Kaiser und Reich! möglich ist, braucht nicht weiter ausgeführt zu werden.“ Der Ruf ist bald darauf erklingen, aber nicht von einer Partei aus, sondern von der Reichsregierung, als sie den Reichstag auflöste, weil das Zentrum die allezeit willigen Genossen dazu benutzt hatte, sich an der neuen Kolonialverwaltung zu rächen. Fürst Bülow hatte die nur der Erlösung harrende Stimmung der Bevölkerung erkannt und rief sie durch die Reichstagsauflösung wach. Er hatte wohl auch an die Worte Bismarcks in der großen Septennatsdebatte (am 11. Januar 1887) gedacht: „Es ist ganz richtig, man muß für eine so wichtige Frage eigentlich vorher auflösen und die Neuwahlen ad hoc veranlassen. Wir sind überhaupt viel zu ängstlich in bezug auf die Auflösungen. In England löst man jeden Donnerstag ein Parlament auf, wenn man glaubt, mit dem Nachfolger sich leichter verständigen zu können als mit dem gegenwärtigen.“ Nun war ja von vornherein nicht anzunehmen, daß die südwestafrikanische Angelegenheit eine ebenso tief greifende Wirkung auf die Wähler ausüben könne wie seinerzeit die Septennatsfrage, und darum gab es innerhalb wie außerhalb der leitenden Kreise Leute genug, die die Auflösung mit nicht geringer Besorgnis betrachteten, um so mehr, da das Zentrum in seinem festen Besitzstande nicht erschüttert werden konnte, und die darum das Faktieren mit dieser ausschlaggebenden Partei für klüger hielten. Alle, die so dachten, kannten eben die Stimmung der Bevölkerung nicht, die nur auf den Ruf wartete, der sozialdemokratischen Überhebung einen Denkzettel zu geben. Dadurch mußte das Zentrum des wichtigsten Verbündeten beraubt, damit seine Stellung gebrochen und der nationale Zweck der Reichsregierung erreicht werden.

Überall, wo man bei den Wahlen die Lage so auffaßte, wurden auch die überraschendsten Erfolge erreicht. So war es namentlich im Osten der Fall. Dort traten die Parteiinteressen vollständig gegen die nationale Frage zurück, die Einigkeit kam zustande trotz der verbitternden Nachwirkung aus der Zeit der zollpolitischen Kämpfe. Selbst wo nicht auf den Sieg zu rechnen war, wurde wenigstens fest zusammengehalten. So war es im Osten, durch ganz Sachsen und Thüringen hindurch bis weit nach dem Westen. Nur die Reichshauptstadt machte die übliche Ausnahme. Man scheint einen gewissen Stolz darin zu finden, daß Berlin — auch Paris nicht ausgenommen — die einzige europäische Hauptstadt ist, die unbelehrbar revolutionär wählt. Die führenden Berliner Zeitungen haben in allen von den sozialdemokratischen Führern mutwillig heraufbeschwornen Machtkämpfen gegen die Arbeitgeber auch immer von Mitgefühl für die angeblich drangsalierten Arbeiter getrieff. Sie scheinen eben keine Ahnung von der Stimmungswandlung gehabt zu haben, die sich inzwischen im deutschen Bürgertum vollzogen hatte. Sie waren unbelehrt geblieben durch die Tatsachen, daß in keiner Reichstagsnachwahl die Genossen die frühere Stimmenzahl wieder erreichten, daß sie bei zahlreichen Landtags- und Städtewahlen

große Verluste erlitten. Das Bürgertum hatte es endlich satt bekommen, sich seit dem Jenenser Parteitag der Sozialdemokraten mehr oder weniger deutlich mit dem Massenstreik bedrohen zu lassen und die traurigen Vorgänge in Rußland mit offenkundiger Mißanwendung auf Deutschland von der Rednerbühne und in den Blättern verherrlicht zu sehen. Das merkte die führende Presse in der Hauptstadt alles nicht und witzelte noch mit den Sozialdemokraten um die Wette über die offenen militärischen Vorkehrungen am 21. Januar 1906 in Berlin gegen die von der roten Internationalen angekündigte Jahresfeier der russischen Revolution. Die war freilich von den Führern, obgleich Bebel und Singer den internationalen Aufruf mit unterschrieben hatten, noch rechtzeitig abgesagt worden, man beschränkte sich auf Redeversammlungen für das allgemeine Wahlrecht, aber die Regierung hatte vorgesorgt, daß sie nicht überrascht werden konnte. In der Bevölkerung verstand man das, und die Witze der demokratischen Blätter fielen wirkungslos zu Boden.

Berlin ist auch der eigentliche Sitz der Freihandelspresse, die wie in andern Ländern so auch in Deutschland von alters her eine viel größere Verbreitung hat, als ihren wirklichen Anhängern entspricht. Nach vieljähriger Vorübung durch die Agitation gegen den Zolltarif nahm sie sich im Vorjahre die allgemeine Fleischknappheit in Mitteleuropa zum erwünschten Agitationsstoff. Infolge des überheißen Sommers hatte das Jahr 1904 eine große Futternot gebracht, und die Landleute verkauften ihren Viehstand, soweit dies nur angehn mochte. Die deswegen fallenden Viehpreise fanden in den Fleischpreisen durchaus keine Nachfolge, aber darüber regte sich kein Mensch in der Presse auf, auch das fleischverzehrende Publikum nicht, denn es wurde ja nichts teurer. Hätte man nun das lesende Volk darüber aufgeklärt, daß infolge des stark verminderten Viehstandes in Deutschland selbst, aber auch im größten Teile von Europa und namentlich in den Zufuhrländern Deutschlands, in den folgenden Jahren die Schlachtviehpreise steigen müßten, so wäre die mit Notwendigkeit eintretende Fleischsteuerung als vorübergehendes Übel ruhig ertragen worden. Aber daran lag den freihändlerischen Agitatoren nichts, sie hatten ja schon bei dem Kampf um den Zolltarif so eifrig gegen den „Brotwucher“ und die „Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel“ gearbeitet, daß richtig die Sozialdemokraten zum großen Erstaunen des Bürgertums bei den Reichstagswahlen von 1903 mit 81 Mandaten aus der Wahlurne stiegen. Den Freihändlern war das ganz recht, denn die Sozialdemokraten stimmen ja aus Unverstand mit ihnen. Dieser Erfolg ließ sich durch eine geschickte Fleischnothetze sicher noch vermehren. Man legte sich auch keinen Zwang an und suchte auf der einen Seite durch Verschweigung der wahren Sachlage (z. B. daß in Österreich der Viehmangel noch größer war als bei uns), andrerseits durch Übertreibung des angeblichen Notstandes und maßlose Beschuldigungen der „agrarischen“ Regierung jenen Sturm in der Bevölkerung zu erregen, der zur Erreichung des gewollten Ziels: der Durchlöcherung des Zolltarifs, nötig war.

Der Erfolg war freilich bloß der, daß alle, die mit Vieh und Fleisch handelten, das übermäßige Geschrei über die Fleischnot als günstige Gelegenheit ansahen, mit den Preisen wohl auch über Gebühr aufzuschlagen. Wie schwer einmal gestiegene Preise wieder auf die richtige Höhe zurückzuführen sind, weiß alle Welt, und wir haben jetzt die Tatsache vor uns.

Die Freihandelsagitatoren und alle die, die mitmachten, weil es dem Parteifatechismus entsprach, waren damit ganz zufrieden. Die Sozialdemokraten hatten ihre besondere Freude daran, denn andre lieferten ihnen die Agitation gratis, sie selbst brauchten sich gar nicht zu genieren, denn sie wurden von der freihändlerischen Presse in Ton und Verdächtigung nahezu übertroffen. Diese war in ihren Mitteln nicht wählerisch und unterstützte auch jegliche Schürung der Unzufriedenheit zu andern Zwecken als willkommene Zugabe. So war es mit den zunächst von der Zentrums Presse betriebnen Kolonialskandalen, obgleich sich die liberale Presse sonst sehr ablehnend verhält gegen alles, was vom Zentrum kommt. Aber diesmal wollte man dem preußischen Landwirtschaftsminister von Bobbielski an den Leib, und darum wurde dessen längst bekannte Beteiligung an der Firma von Tippelskirch und Cie. hervorgesucht, ausge schmückt und breitgetreten. Die Untersuchung hat ergeben, daß von Bestechungen und dergleichen gar keine Rede gewesen ist, aber die Heze wurde gegen Bobbielski begonnen und fortgesetzt, nicht wegen der Kolonien, sondern weil die Fleischnotagitation zum großen Teil wegen seiner Festigkeit dem Scheitern entgegenging. Als dann im Winter die parlamentarische Zeit wieder begann, war der Fleischnotheze schon der Stoff ausgegangen; im Reichstage wurde kaum noch pro forma darüber geredet, ein voll besetztes Haus ist kein Boden mehr für leere Agitationen. Die kolonialen Fragen nahmen infolge der Haltung des Zentrums auch bald ein ganz andres Gesicht an, als sie während des Sommers in der Agitation gezeigt hatten. Als der Reichstag aufgelöst worden war, zerfielen Fleischnot und persönliches Regiment samt dem übrigen Krimskrans, mit dem die Agitation den ganzen Sommer hindurch die Köpfe beschwert hatte, in nichts, man freute sich, daß man eine tatkräftige Regierung hatte, und war entschlossen, den Druck, den die Sozialdemokratie auf alle andern Volksschichten und im Verein mit dem Zentrum auch auf die Regierung und alle öffentlichen Verhältnisse ausübte, zu brechen. Dieser feste Wille hat die große Wandlung hervorgebracht, die eingangs erwähnt worden ist, und namentlich im Osten die großen Wahlerfolge erreicht. Nur in Berlin nicht.

Die Reichshauptstadt ist eben der Sitz der sozialdemokratischen und freihändlerischen Agitation, und dem Berliner kommt kaum ein anders gefärbtes Blatt zu Gesicht. Von landwirtschaftlichen Verhältnissen weiß er darum auch kaum mehr, als daß der Agrarier ein höchst begehrtlicher Mensch sein soll, der andern Leuten Fleisch und Brot verteuert. Dafür kennt er aber alle Börsenwize und Kalauer der Witzblätter und Tingtangel über Kaiser und Kanzler,

Minister und Regierung, überhaupt über alles, was nicht auf demokratischer und freihändlerischer Seite steht. Daraus hat sich ein gewisser politischer Snobismus herausgebildet, der sich allem politisch überlegen dünkt und darum freisinnig wählt und mit der Sozialdemokratie kokettiert. Über diesen Standpunkt ist die Masse der Wählerschaft in Berlin noch nicht hinausgekommen und hat noch nicht erkannt, daß die Zeit angebrochen ist, wo der seit zwei Menschenaltern bewährte „Männerstolz vor Königsthronen“ einer entschiednen Wendung nach der andern Richtung bedarf. Darum hat auch Berlin bei der neuen Wendung so viel wie nichts geleistet, nirgends ist ein größerer Prozentsatz von Wählern zu Hause geblieben als in der Reichshauptstadt. Hinterher hat man freilich über die Wahlstiege andrer Rundgebungen vor dem Schlosse und Aufzüge vor dem Reichskanzlerpalais veranstaltet. Im Westen und im Südwesten des Reiches ist man leider über den alltäglichen Parteienstreit nicht hinausgekommen, obgleich dort Zentrum und Liberale die gleichen Gründe hatten, sich wie im Osten gegen die Partei des Umsturzes zusammenzuschließen. Diesem Umstande ist es allein zuzuschreiben, daß die Sozialdemokraten nicht auf den dritten Teil ihres Bestandes von 1903 zurückgeführt worden sind. Man hat im Westen die Stimmung der Bevölkerung nicht so zu benutzen verstanden, obwohl sie keineswegs anders lag als im Osten. Nun muß das Resultat hingenommen werden, wie es ist, und nachträgliches Bedauern hat keinen Zweck. Das Teilresultat ist ja immerhin günstig genug, um so mehr nach der unglaublichen Verheerung, die das ganze Jahr hindurch mit Fleischnot und dergleichen betrieben worden war. Man sieht, es ist noch viel gesunder Sinn im deutschen Volke, er muß nur erst wieder geweckt werden, und das tritt immer ein, wenn es Michel tüchtig auf die Haut brennt. Dann vergiftet er sogar sein Erbübel, die Unzufriedenheit, und gerade in Lagen, in denen andre Völker erst recht unzufrieden werden.

Die vielfach überraschende Wirkung des Wahlergebnisses beherrscht die gesamte öffentliche Meinung, obgleich die dadurch geschaffne nationale Mehrheit im Reichstage gar nicht so bedeutend ist, bis zum heutigen Tage und nach aller Voraussicht auch noch weiter hinaus. Das ist nach den Erfahrungen des letzten Jahrzehnts doch schon recht viel. Anscheinend ist den bisherigen Stimmungsmachern die Lust vergangen, in der frühern Weise weiter zu wirtschaften, und die wenigen Ausnahmen bestätigen die Regel. Die „Prinzipien“ werden natürlich beibehalten, aber leiser betont. So ist der ganze Sommer vorübergegangen, ohne daß auch nur ein einziger nennenswerter Agitationszug unternommen worden wäre. Sogar die Ministerveränderungen wurden mit fast objektiver Ruhe behandelt, und der einzige Sensationsstoff des Jahres, die angeblichen Enthüllungen einer Wochenschrift über die Liebenberger Tafelrunde, fanden nicht den gedeihlichen Boden, der sich in den letzten Jahren ähnlichen Dingen wie den Angriffen auf den Grafen Mirbach und den Landwirtschaftsminister Podbielski dargeboten hatte. Also auch hier schien das nationale Gewitter vom

25. Januar reinigend und aufklärend gewirkt zu haben. Das so unzweifelhaft ausgesprochne Vertrauensvotum für die Politik des Reichskanzlers war auch für die seither übliche nörgelnde Kritik der auswärtigen Politik nicht günstig. Obgleich das deutsche Volk durch seine Presse, wie sie nun eben ist, gänzlich ungenügend und außerdem noch parteiisch über die Fragen der innern und der äußern Politik unterrichtet wird, so weiß es doch aus dem Munde der Regierung recht gut, daß es, wie alle Völker und Einzelwesen, die zur vollen Entwicklung ihrer Kräfte und dadurch zu Macht und Wohlstand gelangt sind, ringsum von Konkurrenten umgeben ist, die ihm beides nicht gönnen und nur auf den Augenblick warten, wo sie ihn um den neuen Erwerb wieder bringen könnten. Es ist aber weit davon entfernt, dafür die Schuld dem Kaiser und seinem Kanzler beizumessen, wie es die Selbstgefälligkeit der meisten Blätter bisher getan hat. Dagegen ist es aber entschlossen, seine neu gewonnene Stellung in der Welt zu behaupten, seine Wehrmacht zu Lande gegen äußere und innere Gegner aufrecht zu erhalten und seine Flotte unbekümmert um das Mißwollen andrer auszubauen. Das hat die Reichstagswahl bewiesen. Darum war mit dem frühern Pessimismus nichts mehr zu machen, und die Kaiserbegegnung in Swinemünde wie der Besuch König Eduards in Wilhelmshöhe wurde mit unverkennbarem Wohlwollen behandelt, das „bißchen Marokko“ kam gar nicht in Betracht. Bei dem Besuch der englischen Journalisten in Deutschland wurde eitel Freundschaft geredet. Das mag ja auf einige Jahre größere Ruhe in den Zeitungen schaffen, an den bestehenden Gegensätzen wird aber dadurch nichts geändert, und gewisse „Strömungen können wiederkehren“.

Vorderhand liegt infolge der Volksentscheidung vom 25. Januar alles gut, aber die Frage ist berechtigt, ob das auch dauern wird. Es ist immer und namentlich bei uns Gebrauch gewesen, auch für die eignen Fehler die Regierung verantwortlich zu machen, und sobald solche wieder begangen werden, wird man es auch wieder so machen. In der Gegenwart, wo den Vertretungskörpern und der Presse ein so großer Einfluß eingeräumt ist, kommt man aber mit der alleinigen Beschuldigung der Regierung nicht mehr durch. Die Fehler müssen auf allen Seiten erkannt und auch da bekämpft und beseitigt werden. Vor allem ist nötig, daß der Reichstag die ihm von der Verfassung zugewiesne Stellung einnimmt, daß er sich rückhaltlos auf den Boden der Reichsverfassung stellt und alles aus der Fremde hineingetragne Tun und Wesen fallen läßt. Auf diesen Gedanken muß man kommen, wenn man so vielfach liest und hört, daß nun nach dem großen Siege des Liberalismus auch liberal regiert werden müsse. Die Reichstagswahl hat wohl einen großen Sieg des nationalen Gedankens ergeben, weiß aber von einem eigentlichen Siege des Liberalismus nichts. Gewiß hat sich eine große Anzahl neuer Stimmen für liberale Kandidaten ergeben, aber liberal waren diese Stimmen schwerlich. Entweder waren es nationale Stimmen, die gern für den liberalen Kandidaten, der sich diesmal für die Forderungen der Reichsregierung erklärt hatte, eintraten, oder es waren vielleicht

ehemals liberale Stimmen, die aus dem sozialdemokratischen Lager infolge der nationalen Erregung zurückkehrten. In beiden Fällen handelt es sich aber um einen nationalen Gewinn, der nur äußerlich in der liberalen Wahlziffer zum Ausdruck kam. So groß die Freude darüber ist, daß die Linksliberalen diesmal im Wahlkampf auf der nationalen Seite standen, so wenig kann ihnen aus der Erfüllung der Pflicht gegenüber dem Vaterland ein besonderes Verdienst erwachsen. Der ganze Wahlgang trug durchaus nicht den Charakter eines Geschäfts, und man sollte darauf zu deutende Gesichtspunkte auch nicht hinterher hineinzutragen versuchen. Jahre hindurch hat die liberale Presse über die „klerikale“ Haltung der Regierung gelärmt, weil sie auf das ausschlaggebende Zentrum Rücksicht zu nehmen genötigt war, ein Vorwurf gleicher Art wird ihr nicht erspart werden, wenn sie nun auch auf die Liberalen rechnet und ihren Wünschen mehr entgegenkommt. Der Reichskanzler ist mit guten Gründen so deutlich vom Zentrum abgerückt, daß die Liberalen damit wohl zufrieden sein können; mehr ist in unsern konstitutionellen Verhältnissen auch nicht zu erwarten und zu verlangen.

Es muß mit großer Befriedigung anerkannt werden, daß die angesehensten liberalen Führer auch auf diesem Standpunkte stehen und alles weitere Drängen abzuwehren verstanden haben. Wir haben in Deutschland kein parlamentarisches System mit der „Verteilung der Beute“ nach den Wahlen. Das sind aus fremden Verhältnissen hereingetragene Ansichten, die man nach den Kämpfen, die schon Bismarck mit Erfolg dagegen geführt hat, eigentlich für abgetan halten sollte. Sie tauchen aber immer wieder auf. So schüttete erst vor wenig Jahren der Berliner Korrespondent der deutschen Petersburger Zeitung sein Herz in einem beweglichen Artikel darüber aus, und vor kurzem hat der Sozialpolitiker Werner Sombart in einer deutschen Wochenschrift über „die Elemente des politischen Lebens in Deutschland“ gesprochen, wobei der Sinn seiner Ausführungen in dem Satz gipfelte: „Es fehlt unsern Parlamentariern vollständig das Bewußtsein, Machthaber zu sein oder je es werden zu können.“ Man kann daraus ohne weiteres erkennen, daß auch er das Nichtvorhandensein des parlamentarischen Systems in Deutschland für einen Mangel hält. Derselbe Grundgedanke verbirgt sich auch hinter all den mehr oder weniger laut werdenden Stimmen wegen einer liberalen Regierung im Reiche nach dem Erfolge des Liberalismus bei den Wahlen. Ein nur oberflächlicher Blick in die Reichsverfassung läßt allerdings die Stellung und die Aufgaben des Reichstags im Vergleich zu den meisten andern europäischen Parlamenten bescheiden erscheinen. Er ist, wie alle deutschen Kammern, nur eine beratende Körperschaft, und die ausübende Gewalt geht nicht aus ihm hervor. Aber doch ist seine Zustimmung zu jedem Gesetz nötig, und dazu gehört vor allem das jährliche Budget. Größere Rechte sind in Deutschland nirgends hergebracht, die verschiedenen ständischen Vertretungen haben niemals die ausübende Gewalt besessen, auch keinen Anteil daran gehabt. Es ist schon so vielfach nachgewiesen worden, daß das

parlamentarische System, das heißt die Übertragung der Exekutive an den Reichstag, bei der äußern und innern Lage unsers Vaterlands eine Unmöglichkeit ist, es braucht darum hier nicht weiter darauf eingegangen zu werden. Nur eine Nuganwendung aus der nächst hinter uns liegenden Zeit möge gezogen werden. Wenn bei uns die parlamentarische Regierungsweise bestanden hätte, so wäre nach der Abstimmung am 13. Dezember die Reichsregierung zum Rücktritt genötigt gewesen, und in dem neuen Ministerium hätte dann notwendigerweise Herr Roeren sitzen müssen.

Die deutschen Verfassungen schneiden freilich den Parteiführern die Aussicht ab, ohne Wahl durch die Krone Minister zu werden, aber dieses sogenannte Opfer muß eben auf den Altar des Vaterlands gebracht werden. Miquel und Möller sind trotzdem Minister geworden, weil sie dafür tüchtig waren, und die Berufung Dernburgs und anderer beweist doch, daß gerade in der Gegenwart in dieser Hinsicht in Deutschland keine Vorurteile bestehen. Daß man aber von einem Minister, im Gegensatz zum Beispiel zu Frankreich, bei uns mehr verlangt, als daß er Meister der Partei-, Zeitungs- und Redetaktik ist, hat sich nur als ein Vorteil für unser Vaterland erwiesen. Man möge sich darum mit der anscheinend bescheidenen, aber darum doch nicht minder wichtigen Stellung und Aufgabe genügen lassen, die unsre Verfassung der Arbeits- und Schaffenskraft der Parlamentarier gestellt hat, man möge auch vor allem den aus dem Auslande hereingetragnen und auch dort sehr fragwürdigen parlamentarischen Aufputz und den damit zusammenhängenden Parteizuschnitt fallen lassen. Was soll das ganze Gerede von einer „Blockpolitik“? Weil Clemenceau einen Bloc braucht, der ihn in der Regierung erhält, muß da Fürst Bülow auch einen haben? Ein deutscher Reichskanzler bedarf keines Blocs, er braucht bloß Parteien, die so viel von ihrem besondern Standpunkte nachzulassen vermögen, daß sie dem Reiche geben, was des Reichs ist. Im Amt erhält ihn das kaiserliche Vertrauen, und wenn dieses einmal verloren gegangen wäre, würde ihn kein Bloc halten. In der Gegenwart erfüllen zur großen Befriedigung der Bevölkerung die konservativen und liberalen Parteien die der Verfassung entsprechenden Aufgaben, und es möge nur recht lange so bleiben, denn beide Gruppen stehn trotz ihrer abweichenden Anschauungen auf dem Boden des Reichs und sind nicht durch Grundsätze vereinigt, die außerhalb des Reichsgedankens liegen. Damit soll keineswegs gesagt sein, daß keine Opposition getrieben werden solle: im Gegenteil, eine sachliche und gründliche Opposition kann dem Vaterlande nur nützlich sein, aber Opponieren und Reden zu Parteizwecken wie in andern Ländern, wo man dadurch die Partei stärken und an die Regierung gelangen kann, sind bei uns mindestens von Überfluß. Was haben denn seit vier Jahrzehnten alle die Reden zum Fenster hinaus genützt, außer daß sie zugunsten der Umsturzparteien gewirkt haben? Die letzten Wahlen haben doch wieder einmal bewiesen, daß der deutsche Wähler seine Männer zu finden weiß; er wählt die, die seine Ideale hegen.

Herr Sombart führt die Verflachung und Verödung unsers öffentlichen Lebens darauf zurück, „daß kein irgendwie großes Ideal im Mittelpunkt steht, das hoch wie niedrig packte, von dem Wärme und Leben ausstrahlten“. Es dürften sich viele finden, die sich darüber wundern, daß ein solcher Ausspruch nach den letzten Wahlen getan werden konnte. Seit den Septennatswahlen ist doch kaum jemals ein einheitlicher idealer Gedanke so deutlich zum Durchbruch gekommen wie diesmal. In einer gar nicht so einfachen und dem allgemeinen Verständnis naheliegenden Sache hat sich das alte deutsche Flotten- und Kolonialideal, das sich schon 1848 zur Geltung brachte, so unzweideutig wie möglich zum Ausdruck verholfen. Unwillkürlich muß man sich dabei an die Worte Ulrich von Hutten erinnern: „Wenn die Deutschen einmal begreifen, was ihnen not tut, werden sie das erste Volk der Welt sein.“ Theoretiker mögen sich dieser einfachen Wahrheit verschließen, der gesunde Sinn des Volks wird ihr zum Durchbruch verhelfen. Es war doch eine alte Idee des deutschen Liberalismus, Deutschland aufs Meer zu tragen, und nur die erbitterten Kämpfe um Bismarcks Wirtschafts- und Reichsfinanzpolitik haben in den achtziger Jahren die namhaftesten liberalen Führer in Opposition gegen die ersten überseeischen Anfänge Deutschlands gebracht und den Eifer der Partei erstickt. Darum ist es mit doppelter Freude zu begrüßen, daß in unsern Tagen der gesamte deutsche Liberalismus den Rückweg gefunden hat zu seinem Ideal: Deutschland zur See, das auch wirklich das Ideal des deutschen Volks ist vom Kaiser bis zum letzten nationalen Wähler. Man sagt, die Deutschen hätten mehr Idealismus als irgendein Volk der Erde. Vielfach hat man auch den deutschen Doktrinarismus für Idealismus angesehen, oder vielmehr die Doktrinäre haben ihren Standpunkt dafür ausgegeben. In diesem Sinne ist freilich der vermeintliche Idealismus auch unser Hauptfehler gewesen, denn der ist allzugern Wege gewandelt, die unsern politischen Verhältnissen am wenigsten zusagen. Großes können wir aber nur leisten, wenn sich der echte deutsche Idealismus in der Richtung betätigt, wo er am allermeisten not tut, nämlich in der Erfüllung unsrer nationalen Pflichten. Jetzt ist wieder ein neuer Weg dazu eröffnet. Unablässig auf ihm fortzuschreiten, muß das ernste Streben aller Gebildeten unsers Volks ohne Unterschied der Partei sein. Diesmal hat die Sozialdemokratie die Zehne dafür bezahlen müssen, daß sie sich dem Idealismus des deutschen Volks entgegenstellte. Und die Reichsregierung, die nun weiß, wo der Jungbrunnen des deutschen Idealismus fließt, möge nicht unterlassen, bei guter Gelegenheit wieder den reichen Born zu erschließen, damit sich keine Versumpfungen bilden.

